

Dresdner Volkszeitung

Postleitzettel: Dresden,
Raben & Comp., Nr. 1288.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Banffonto:
Gebr. Arnhold, Dresden
und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Stadt und Dresden-Land.

Begutachtungspreis einschließlich Beitragslohn mit den wöchentlichen Beiträgen "Rath und Welt" und "Volk und Zeit" für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettinerplatz 10. Telefon 26 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10. Telefon 26 261.
Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10. Telefon 26 261.
Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10. Telefon 26 261.

Abonnementpreis, Grundpreise: die 20 mm breite Nummernfolge 100 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgeschäfte 40 Prog. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Goldpf.

Nr. 123

Dresden, Dienstag den 27. Mai 1924

35. Jahrg.

Rücktritt der Reichsregierung

Flucht der volksparteilichen Minister — Die deutschnationalen Kuhhändler — Sehnsüchte der Reaktion
Wer bildet die Regierung?

Berlin, 26. Mai. (Sig. Drath.) Mit Rücksicht auf den am Montag von der Volkspartei gelassenen Beichtab ist die Reichsregierung am Montag abend 10 Uhr 15 Min. zurückgetreten. Der Reichspräsident hat die Dimission angenommen. Er wird heute zunächst mit den Parteiführern verhandeln und selbstverständlich auch die Deutschenationalen empfangen. Aber es erscheint heute noch mehr wie bisher zwecklos, sie mit der Regierungsbildung zu beauftragen. Man kann bereits sagen, daß die Schwierigkeiten zur Bildung eines Bürgerblocks in den letzten 48 Stunden nicht kleiner, sondern größer geworden sind.

Die Wahlentscheidung des deutschen Volkes vom 4. Mai war Pflichtwerk. Es war ein Ruck nach rechts, wie die deutschnationalen Bissern bewiesen und ein Ruck nach links, was die Mandatzunahme der Kommunisten anbelangte. Ein Ruck aber zieht den andern nach sich, und so darf sich das deutsche Volk jetzt nicht wundern, wenn die letzten drei Wochen Regierungskrise recht lächerlich verließen. Das einzige Resultat sind bis jetzt die Plamone der Deutschenationalen, die auf außenpolitische Fragen bis heute noch keine Antwort finden konnten, sowie der gestern erfolgte Rücktritt der Reichsregierung. Es kam ganz plötzlich und auf Wunsch der volksparteilichen Reichsminister. Parteiafflit, Parteiinteressen gaben für die Volkspartei, die "Partei der Volksgemeinschaft", den Auschlag. Die Angst vor der deutschnationalen Opposition, die Furcht vor der Wählerstimme, wenn die Deutschenationalen etwa doch noch außerhalb der Regierung bleiben sollten, machte die volksparteilichen Minister schwach. Sie gingen. Die Rentenmark kann zwar darüber ins Wadeln kommen, doch es ist ja nicht das erste Mal, daß sich gerade in der Stresemann-Partei der Parteipatriotismus als stärker erwies, denn die sonst im Munde herumgeschleppte Vaterlandsliebe.

Der Wähler, der die Verhandlungen zwischen Mittelparteien und Deutschenationalen seit Mitte Mai verfolgt hat, wird sich sicher hinter den Ohren fragen, um was es eigentlich geht. Kurz gefragt: es handelt sich darum, eine Regierung zusammenzustellen, die im Parlament eine Mehrheit hat und gleichzeitig die für Deutschland unerlässlichen außenpolitischen Aufgaben erfüllt. Dazu gehört die Annahme des Sachverständigungsgutachtens, das nach dem einmütigen Besenntnis der Mittelparteien den ernsthaften Versuch der Entente bedeutet, die Reparationsfrage in einer für Deutschland erträglichen Weise zu lösen. Die Deutschenationalen hungern zwar mächtig nach der von ihnen so viel gesuchten Regierungsfutterkrippe, schenken aber davor zurück, sich zum Sachverständigungsgutachten mit Hant und Soot zu befennen, nachdem sie mit dem Kampf gegen die Erfüllungspolitik überausfeindliche Wähler eingefestigt haben.

Um die Stellung der Deutschenationalen zur Erfüllungspolitik gehen die Verhandlungen seit 14 Tagen. Resultatlos? Nein. Es stellte sich heraus, daß die Deutschenationalen bis heute auf vorgestellte außenpolitische Fragen keine klare Antwort zu geben vermochten. Es zeigte sich weiter, daß diese Partei, die mit Entrüstungsrummel gegen den "parlamentarischen Schoder" und den "Kubhandel um Regierungsposten" groß geworden ist, — daß diese Partei der ewig moralischen Protektion dem Schoder um Regierungsposten und dem Kubhandel um Ministerposten heute in einer Weise fröhlt, die alles bei den bürgerlichen Parteien bisher Dagobrena in den Schatten stellt. Die Herkulete müßten, wenn sie ihre Wähler nicht betrügen wollten, rund heraus erklären: Wir sind bisher gegen jede Erfüllungspolitik gewesen, wir lehnen darum das Sachverständigungsgutachten rundheraus und ohne Vorbehalt ab und pfeifen auf eine Regierungsbeteiligung. Aber wie kann man eine gerade Politik von Parteien der frummen Wege erwarten? Die deutsche Reaktion hat nicht mehr viel Zeit zu warten: die Rentenmark ermöglichte eine gewisse Verhinderung des Wirtschaftslebens; außenpolitisch hat sich die von jedem vernünftigen Deutschen ersehnte Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland an. Das bedeutet im Grunde eine Festigung der Republik und Sicherung der Weimarer Verfassung. Die deutsche Reaktion aller Grade und Parteifarben hat das nicht unberüchtigte Gefühl, daß sie sich beeilen muß, wenn ihre nach rückwärts gerichteten sonderrevolutionären Hoffnungen nicht wie Seifenblähen zerplatzen sollen.

In republikanischen Kreisen geht die Befürchtung auf, daß die Deutschenationalen und die ihnen benachbarten Gruppen zur Macht gelangen wollen, um einen sogenannten trockenen Putz zu machen. Ein bisschen Ausnahmezustand, ein bisschen deutschnationale Widerstandsbewegung mit Artikel 48, ein bisschen Reichsersekutive gegen republikanische Einzelstaaten mit Reichswehrdirektor — und wie leicht ist im

Raufe einer solchen Kampagne die Verfassung rückwärts zu revidieren. Es gibt aber nicht minder viele Anhänger der Republik, die das erkennen: Läßt sie es einmal versuchen! Sie werden sich die Finger verbrennen. Auch wir gehören zu denen, die eine Regierung mit Beteiligung der Deutschenationalen weder für das Ende Deutschlands noch der deutschen Republik halten. Denn Deutschland ist nun einmal nicht Italien. Die deutsche Arbeiterschaft ist stärker, reicher, disziplinierter und besser organisiert als die italienische Arbeiterschaft. Und der italienische Faschismus vertrot immerhin eine nationale Ideologie, die mit dem Siege der Entente gesiegt hatte. Was jedoch vertritt der deutsche Faschismus? Ein Programm, eine Weltanschauung, die von den Kanonen der Weltgeschichte abgemärschiert wurde. Und den Kern der deutschen Reaktion bildet eine Führungskommission, die sozusagen zu den geschlagenen Propheten und Heldern der Welt gehört. Und außenpolitisch? Als Mussolini seinen Staatstreit vertrieb, blieb die Entente wohlwollend neutral. Welcher Narr bildet sich ein, daß Frankreich und die Mandataaten neutral bleibten, wenn in Deutschland etwa die Partei des ewigen Revanchezuges und teutonischen Vordengespräss zur Diktatur schritte? Man braucht nur diese Monnen anzutippen, um den Unterschied zwischen Italien und Deutschland handgreiflich zu machen.

Letztlich drängen die Deutschenationalen mit allen Wassern ihres Herzens zur Regierungskrippe. Trotz der Erfüllungspolitik? Trotzdem! Sie wollen zur Macht und sei es mit der Erfüllungspolitik! Aber die Erfüllungspolitik der französischen Anträge soll auf Kosten der arbeitenden Massen gehen. Heute und den Seinen schreibt eine Verständigung mit dem französischen Kapital und der französischen Reaktion vor, eine Verständigung, die der deutschen Reaktion innerpolitisch freie Hand gegen Arbeiterschaft, Republik, Demokratie, Sozialismus und alle freiheit-

lichen Errungenschaften der Novemberrevolution geben soll. Das ist das Rudels Kern! Die falsche Rechnung besteht nur darin, daß sich die Deutschenationalen einbilden, in Frankreich und England sei eine Volksmehrheit für diese Sorte Verständigung zu haben. Eine Rede Ludendorffs genügt, um im französischen Volk dieselbe Abwehrslösung gegen Deutschland lebendig emportragen zu lassen, von der das deutsche Volk lange Zeit gegen den russischen Zarismus betetzt war. Aber Psychologen und hellhörige Weltpolitiker sind ja die früheren Herren Deutschlands nie gewesen, wie ihr elender Domkrott im Weltkrieg bewies.

Die Sozialdemokratie hatte den Reichskanzler Marx mitteilen lassen, daß sie jeder Regierung mit deutsch-nationalen Einstieg entschieden Kampf anzeigt. Das muß unsrer Ansicht nach für jede Regierung gelten, die Erfüllungspolitik auf Kosten der breiten Massen betreibt will. Eine Beteiligung der Sozialdemokratie an einem bürgerlichen Kabinett kommt unsrer Ansicht noch nicht in Frage. Eine Auffassung, die von der Mehrheit der sozialdemokratischen Presse vertreten wird. Wir vertreten Forderungen, für die die bürgerlichen Parteien bisher nur die kalte Schulter hatten. Wir fordern Steuerreform, gesetzliche Sicherung des Achtstundentages, Sozialpolitik, Justizreform, Republikanisierung der Reichswehr und des schwarzen Militarismus. Welche der bürgerlichen Parteien geht hier entschieden mit? Die Erfahrungen, die wir mit der Koalitionspolitik im Reich machen mußten, haben bewiesen, daß die Stresemänner Abmachungen mit Koalitionsgenossen eingegangen, um sie dann zu verraten und zu verkaufen. Wir sind unter solchen Umständen außerhalb des Kabinetts mindestens so stark wie in Kabinetten der Unentschiedenheit und Verwuschelheit.

So haben sich denn die bürgerlichen Mittelparteien in eine Lage hinein geführt, aus der sie sich gegenwärtig wie Rünchhausen am eignen Kopf herauszuziehen suchen.

Gegen die Diktatur der Zeichenbarone

Die Verhandlungen im Bergbaukonsortium

Unter dem Vorsitz des Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung, Syrup, der vom Reichsarbeitsschreiber zum Schlichter für den Konsortium im Ruhrbergbau ernannt wurde, traten die Parteien aus dem Ruhrgebiet am Montag erneut zu Schlichtungsverhandlungen zusammen. Die Verhandlungen haben noch zu keinem Ergebnis geführt. Immerhin läßt sich feststellen, daß sich die Parteien in einigen streitigen Punkten wesentlich nähergekommen sind. Am Dienstag werden die Verhandlungen fortgesetzt.

Nach einer Meldung des Vorwärts verlangen die Zeichenbarone nach wie vor die Einhaltung des "Schiedsvertrags", der die Schiedsgericht der Bergarbeiter unter Tage um eine Stunde, auf acht Stunden, bis zum 1. Juni 1925 verlängert, die der Arbeiter über Tage auf 10 Stunden bis 78 Stunden die Woche, ohne jede Sonderentschädigung, ohne Möglichkeit, zur normalen Arbeitszeit zurückzufahren, sobald wieder normale Zustände eintreten. Gerade aus die beiden letzten Umstände weisen die Vertreter der Bergarbeiterverbände mit besonderem Nachdruck hin.

Die Bergarbeiter-Internationale greift aktiv ein

Brüssel, 26. Mai. (Sig. Drath.) Das Exekutivkomitee der Bergarbeiter-Internationale bei die ausländischen Landesdelegierten der Bergarbeiter-Internationale vertrat, sich sofort mit den Transportarbeiterverbänden in Verbindung zu setzen, um die Krise der Kohlenförderung sämtlicher Kohlentransportheide nach Deutschland auf wirtschaftliche Unterstützung der deutschen Bergarbeiter zu erörtern. Die Bergarbeiter-Internationale will mit der Internationale der Transportarbeiter gemeinsam Maßnahmen zur vollkommenen Stilllegung der Kohlentransportheide nach Deutschland beraten.

Kurzarbeit bei Krupp

Essen, 26. Mai. (Sig. Drath.) Wie die Kruppschen in ihrem Brief an die Gewerkschaften mitteilten, wird in den mechanischen Betrieben vorläufig unter Beibehaltung der bisherigen Sitzschichten weiter gearbeitet.

Die Lage wird immer kritischer

Bochum, 26. Mai. (Sig. Drath.) Das Organ des Deutschen Bergarbeiterverbandes, die Bergarbeiter-Zeitung, schreibt: „Die Lage im Ruhrgebiet droht mit aller Macht zu einer baldigen positiven Entscheidung. Die letzten Möglichkeiten, den Konflikt ohne allzu große Schädigung für die Wirtschaft zu lösen, haben die Gedankenherren ungern vorübergehen lassen. Die Unternehmer sind des Glaubens, daß die Ruhrbergarbeiter infolge Hungers recht bald zu Kreuze fressen müssen. Weiter sind sie der Hoffnung, daß es den sogenannten radikal-

en Elementen in Kürze gelingen werde, die Bergarbeitermassen aus den Händen der Verbandsführer gleiten zu lassen. Sie warnen darauf, daß die bis heute vorbildlich wirkende Einheitsfront von den kommunistisch-unionsistischen Präfanden zerstört wird. Mögen die Regierenden in Berlin erkennen, daß im Ruhrgebiet keine Zeit mehr verloren geben darf. Wird den schwerindustriellen und wissenschaftlichen Katastrophenpolitikern nicht bald und energisch der Weg verperert, dann kann es in diesem Sievier zu Ereignissen kommen, die noch Jahrzehnte hindurch ihren Schatten auf die Entwicklung unseres fröhler ringenden Volkes werfen müssen. Diese Mahnung rufen wir der Regierung zu, in dem Bewußtein, daß hinter ihr Hunderttausende treidlicher, braver Bergarbeiter stehen, die allen Schicksalsschlägen zum Trotz den Kopf klar halten und den Willen zum Sieg bis zum letzten entscheidenden Stunde in sich tragen werden.“

Ruhrkampf und preußischer Landtag

Berlin, 26. Mai. (Sig. Drath.) Die sozialdemokratische Fraktion des preußischen Landtages hat zur baldigen Beilegung des großen Wirtschaftskampfes im Ruhrgebiet folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, daß Staatsministerium zu ersuchen, mit aller Energie und Dringlichkeit auf die Reichsregierung einzutreten, daß die Kosten aus den Micum-Beträgen sofort auf die gesamte Wirtschaft verteilt werden.

Anlässlich der Staatsberatung nahm der Bergarbeiterführer, Genosse Husemann, Gelegenheit, in einer großen Anzahl der Arbeiterschaft im Ruhrgebiet einzutreten. Er wies nach, daß die Unternehmer schon seit Monaten des passiven Widerstandes unter ständiger Verlegung der Tarifbestimmungen und unter Verjährungen gegen Kreis und Gemeinden ihre wirtschaftliche Macht missbraucht hätten, um die Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter zu verschlechtern. Zu diesem kommt, daß die Unfallziffern im Bergbau in der letzten Zeit wieder mächtig im Steigen begriffen seien. Im Dezember 1928 1481 Unfälle, im Januar 1929 4100, im Februar 1929 4817 und im März 5565. Von den im Monat März erfolgten 5065 Unfällen waren 58 Tote, davon 42 Bergarbeiter und 12 Lebige. Diese Zahlen sind genau ermittelt worden und stehen eindeutig fest.

Der sächsische Bergarbeiterkampf

Anfolge der anhaltenden Kohlenknappheit durch den Bergarbeiterstreik haben verschiedene große jüdische Betriebe, besonders der Textil- und Metallindustrie, geschlossen bzw. Verkürzungen der Arbeitszeit durchgeführt. Das Elektrofitterwerk Freital wird voranführlich am Dienstag wegen Kohlemangel stillgelegt werden. Die Lage im sächsischen Kohlenbergbau hat arbeiterstreik haben verschiedene große jüdische Betriebe, begonnen, da der geordnete Stundenlohn von 70 Pf. abgelehnt wurde, eine gewisse Verkürzung erfahren. Die Ausführung der Stoßarbeiten in den Werken wird vorläufig unterschoben.